

Aktuelle Debatte: Autoritarismus und EU-Politik

Editorial

Elisabeth Springler

Steigende gesellschaftliche Unzufriedenheit mit der derzeitigen EU-Wirtschaftspolitik äußert sich zunehmend in Form sozialer Proteste. Die Bevölkerung, vor allem der durch die Finanzkrise stark betroffenen südeuropäischen Staaten, versucht sich gegen die weitreichende Ent-Demokratisierung der europäischen Institutionen, die sich in einer sich weiter verstärkenden Implementierung neoliberaler Wirtschaftspolitik niederschlägt, zu wehren.

Vor diesem Hintergrund arbeitet *Lukas Oberndorfer* anhand des Fiskalpaktes, den es nun in den Europäischen Mitgliedstaaten zu ratifizieren gilt, den Prozess der Ent-Demokratisierung auf. Diese, wie Oberndorfer aufzeigt, »*Hegemoniekrise der neoliberaler Integrationsweise*«, hat weitreichende Folgen für das Europarecht. Im Anschluss an diesen Beitrag werden beispielhaft für die Entwicklungen in Südeuropa die Veränderungen in Italien beschrieben. Dabei widmet sich *Rudy Weissenbacher* den Effekten von sogenannten »Technokraten-Regierungen«, die als »Retter« aus der Finanzkrise um eine Vermittlung mit den Eliten der Europäischen Wirtschaftspolitik bemüht sind, dabei jedoch bestehende strukturelle wirtschaftliche Probleme und soziale Konflikte unbehandelt lassen. Deutlich werden auch in diesem Beitrag die weitreichenden politökonomischen Konsequenzen der Implementierung der Austeritätsprogramme.